

Kohnert, Dirk

**Book Part — Accepted Manuscript (Postprint)**

**Benin - 2000**

*Suggested Citation:* Kohnert, Dirk (2001) : Benin - 2000, In: Hofmeier, Rolf Jacobeit, Cord (Ed.): Afrika-Jahrbuch 2000: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara, Springer Fachmedien, Wiesbaden, pp. 83-87

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/301818>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

## Benin – 2000

**Fläche:** 112 622 km<sup>2</sup>, **Einwohner:** 5,9 Mio., **Hauptstadt:** Porto Novo (Regierungssitz: Cotonou), **Amtssprache:** Französisch, **Lebenserwartung:** 53 J., **Alphabetisierung:** 34%, **HDI:** 0,332, Rang 30, **Wechselkurs:** \$ 1 = F CFA 651, **Pro-Kopf-Einkommen:** 380 \$, **BSP:** \$ 2.252 Mio., **Anteile am BIP:** 34% - 14% - 52%, **Hauptexportprodukte:** Baumwolle 43%, **Staats- und Regierungschef:** Mathieu Kérékou, **Regierungskoalition:** Front d'Action pour le Renouveau et le Développement (FARD-Alafia), Parti Social-Démocrate (PSD), Mouvement Africain pour la Démocratie et le Progrès (MADEP); **Oppositionsparteien:** Renaissance du Bénin (RB), Parti du Renouveau Démocratique (PRD)

Die angekündigten Präsidentschaftswahlen 2001 führten zum Kampf um günstige Startpositionen der Kontrahenten um die politische Macht im Staate, der mit harten Bandagen geführt wurde. Putsch- und Attentatsvorwürfe seitens Regierung und Opposition sowie Bestechung von Parlamentariern heizten das politische Klima auf. Die Verlegung des AKP-Gipfels von Lomé nach Cotonou im Juni brachte erhebliches außenpolitisches Prestige auf Kosten des togoischen Nachbarn. Die Wirtschaftsentwicklung stand unter positiven Vorzeichen.

### *Innenpolitik*

Die Innenpolitik Benins stand bereits zu Beginn des Jahres ganz unter dem Zeichen eines sich verschärfenden Machtkampfes der politischen Führer des Landes um günstige Startpositionen hinsichtlich der für März 2001 angesetzten Präsidentschaftswahlen. Am 20.1. überraschte Staatspräsident Kérékou die Öffentlichkeit mit der Nachricht über zwei abgewehrte **Putschversuche** gegen seine Regierung. Der erste Umsturzversuch sei bereits am 1.8.99 entdeckt worden, der zweite nach seiner Rückkehr von einer Kuwait-Reise am 19.1. geplant gewesen. Kérékou machte dafür unzufriedene pensionierte Offiziere verantwortlich, die angeblich von einigen seiner politischen Gegner zu einem gewaltsamen Machtwechsel angestachelt worden seien. Die beschuldigten, namentlich nicht genannten angeblichen Hintermänner des Umsturzversuchs, Kérékous Vorgänger im höchsten Staatsamt und Erzrivale, Nicéphore Soglo sowie Sacca Lafia, von der Oppositionspartei *Union pour la Démocratie et la Solidarité* (UDS), wiesen diese Anschuldigungen als durchsichtige Manöver zur Kriminalisierung und Ausschaltung der Gegner des Kérékou-Regimes energisch zurück. Da die Regierung keine handfesten Beweise zur Untermauerung der Putschgerüchte vorlegen konnte, nahmen unparteiische Beobachter im In- und Ausland diese Nachrichten mit einiger Skepsis auf. Nachgeschobenen Argumenten der Regierung, in Houawé, der Heimatstadt Soglos, sei ein Waffenversteck entdeckt worden, das dem Aufbau einer privaten Miliz von Soglos Partei (RB) diene, entgegnete Soglo seinerseits mit dem Vorwurf angeblicher Attentatsversuche des Präsidialamtes gegen seine Person. Auch die Armeeführung wies die Vorwürfe der Einmischung in innenpolitische Angelegenheiten zurück. Allerdings führten ausstehende Soldzahlungen für das Beniner ECOMOG-Kontingent, dessen Soldaten im Januar und Februar von ihren Kon-

fliktschlichtungsmissionen in Liberia und Guinea-Bissau zurückgekehrt waren, zu Unzufriedenheit unter den Soldaten und einer anonymen Morddrohung gegen den Verteidigungsminister Pierre Osho. Der Generalinspekteur der Armee, Justin Soglo, ebenso wie der Staatspräsident warnten angesichts des ivorischen Armeeputsches gegen Staatspräsident Bedié im Dezember 1999 vor ähnlichen Entwicklungen in Benin. Ende März beantwortete Kérékou seine Putsch- und Korruptions-Vorwürfe gegenüber hochrangigen Militärs mit der Entlassung des Armeestabschefs, Oberst Félicien dos Santos, und anderer Führungsoffiziere. Als Nachfolger ernannte der Staatschef Fernand Amoussou, einen Bruder Bruno Amoussous, des amtierenden Arbeitsministers und Führers der regierungstreuen PSD, der als enger Kérékou-Vertrauter galt. Pancrace Brathier, ein alter Weggefährte noch aus der Zeit der marxistisch orientierten Militärherrschaft Kérékous (1972-89), erhielt den Oberbefehl über die paramilitärische Gendarmerie. Somit blieben die wesentlichen machterhaltenden Instrumente fest in der Hand des Kérékou-Kartells.

Die größeren politischen Parteien leiteten zur gleichen Zeit den **Vorwahlkampf** ein. Die PSD hielt Ende Januar ihren Parteikongress mit etwa 700 Delegierten ab, die Bruno Amoussou als Parteichef bestätigten. Am 12.3. unterzeichneten verschiedene in den nördlichen Provinzen verankerte Parteien (FARD-Alafia, Car-Dunya etc.) ein Koalitionsabkommen zur Bildung der *Front des Partis pour l'Unité*. Zwar blieben weitere namhafte Parteien des Nordens diesem Bündnis fern, aber in den Medien verstärkten sich Bedenken gegenüber einer Instrumentalisierung regionaler Gegensätze durch die etwa 120 verschiedenen Parteien des Landes, zumal der parteipolitische Regionalismus bereits während der Präsidentschaftswahlen von 1991 zu gewaltsamen Konfrontationen geführt hatte. Die zweitgrößte Oppositionspartei PRD veranstaltete ihren Parteikongress im April, wobei ihr Führer Adrien Houngbédji, seit seiner Desavouierung als Ministerpräsident durch den Staatschef und seinem darauf folgenden Rücktritt im Mai 1998 ein erbitterter politischer Gegner Kérékous, den Aufbau privater Milizen im Norden zur Unterstützung Kérékous anprangerte. Mit einer offiziellen Kandidatur hielten sich die politischen Schwergewichte Benins (Kérékou, Soglo etc.) aber bis Jahresende aus taktischen Gründen zurück. Im Dez. erregten die chancenlosen, in den eigenen Reihen umstrittenen Präsidentschaftskandidaturen eines traditionellen Führers, des Generalsekretärs des Nationalen Verwaltungsrats der Könige, Olofindji Akandé aus Kétou, sowie der ersten weiblichen Präsidentschaftskandidatin seit der Unabhängigkeit, der ehemaligen Ministerin für Handel und Tourismus (1998-1999), Marie-Elyse Gbédo, einiges Aufsehen. Der Staatspräsident selbst vermied es wie bisher, sich zu sehr in Abhängigkeit von bestimmten politischen Gruppierungen zu begeben und spielte Anhänger und Gegner im formellen, ebenso wie im informellen politischen Sektor gegeneinander aus. Als einer seiner engsten persönlichen Berater galt Romain Zannou, Pastor einer charismatischen christlichen Kirche, *Frères du Christ*, welcher Kérékou selbst, ebenso wie einige seiner Minister sowie der Regierungssprecher, angehörten. Auch Oberst a. D. Martin Dohou Azonhiho, ehemals machtvoller Innenminister Kérékous und ideologischer Vorreiter des "Marxismus-Leninismus" in den 1970er und 80er Jahren, der zwischendurch in Ungnade gefallen war, reiste im Juli und August wieder in geheimen diplomatischen Missionen für den Staatschef nach Lomé und Gabun.

Am 8.5. verstarb mit **Hubert Maga** ein hoch geachteter *elder statesman* und weiterer diskreter Berater Kérékous. Maga, der ebenfalls aus dem Norden stammte, war erster Staatspräsident des unabhängigen damaligen Dahomey (1960-63). Nach einem Militärputsch durch Oberst Christophe Soglo flüchtete er 1964 ins politische Exil, um 1970-72 erneut das höchste Staatsamt anzutreten. Am 26.10.72 setzte ein abermaliger Militärputsch, dieses Mal durch Mathieu Kérékou, seiner Regierung ein Ende. Neun Jahre Haft und anschließendes politisches Exil hinderten Maga nicht daran, sich weiterhin für die

politischen Geschicke seines Landes einzusetzen, zuletzt als Mitglied des Beniner Verfassungsgerichtes.

Nach kontroversen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition sowie zwischen Parlament und Verfassungsgericht, das frühere Gesetzesentwürfe aus inhaltlichen und formalen Gründen verworfen hatte, verabschiedete das Parlament am 18.12. ein neues **Wahlgesetz**, das zur Jahreswende vom Verfassungsgericht endgültig gebilligt wurde. Das Gesetz regelte u. a. die Zusammensetzung der Nationalen Autonomen Wahlkommission (CENA) sowie die Wahlmöglichkeiten von im Ausland lebenden Beninern. In Zeiten einer erzwungenen *Cohabitation* zwischen einer Minderheitsregierung und einem von der Opposition beherrschten Parlament kam dem Verfassungsgericht die Rolle eines Schiedsrichters auch in politischen Fragen zu, die die höchsten Richter mit großem Engagement weiterhin wahrnahmen. Damit trugen sie weiterhin zur Konsolidierung des Renommés des Beniner **Rechtsstaats** bei. Am 11.8. beseitigte das Parlament mit der Wahl von sechs Abgeordneten als Vertreter der politischen Parteien im *Haute Cour de Justice* (HCJ) neben den bereits ernannten sechs Verfassungsrichtern das letzte Hindernis auf dem Wege zur Einrichtung des höchsten Beniner Berufungsgerichtes. Dessen Gründung schrieb zwar bereits die Verfassung von 1990 vor, jedoch konnte sie wegen verschiedener politischer Skandale erst in dieser dritten Legislaturperiode realisiert werden.

Zwei Gefängnismeutereien und -ausbrüche in Lokossa und Abomey im Mai lenkten die Aufmerksamkeit auf die Einhaltung der **Menschenrechte**, insbesondere auf die menschenunwürdigen Zustände in den Beniner Gefängnissen, die im Vergleich mit dem übrigen Westafrika allerdings eher die Regel als die Ausnahme darstellten. Bei der Meuterei im Zivilgefängnis von Abomey am 21.5. wurden angeblich 12 Häftlinge getötet und über 40 verletzt; die Meuterei in Lokossa wurde nach Pressemeldungen unter Inkaufnahme von drei Toten und fünf Verletzten niedergeschlagen. Die Regierung bestritt allerdings, dass es in Abomey zu Todesfällen gekommen sei. Am 21.12. wurde der *marabout* Mohamed Cissé, ehemaliger persönlicher Berater Kérékous in den letzten Jahren vor der demokratischen Wende (1989), der wegen **Korruption** in Verbindung mit Kapitalflucht größten Ausmaßes im Juli 1990 zu zehn Jahren Haft verurteilt worden war, nach vorübergehender Freilassung erneut für drei Monate inhaftiert, weil er von den FCFA 2,4 Mrd. (FCFA 750 = \$ 1), die er dem Beniner Staat schuldete, erst 700 Mio. zurückgezahlt hatte. Bereits am 24.11. hatte ein Schöffengericht in Cotonou erneute Prozesse gegen korrupte Staatsbedienstete, Politiker und Unternehmer eröffnet, denen die Hinterziehung von insgesamt FCFA70 Mrd. vorgeworfen wurde. Der Verlauf dieser Anti-Korruptionsprozesse galt unabhängigen Beobachtern als untrüglicher Indikator der Glaubwürdigkeit der Beniner Justiz. Ende Dezember verabschiedete die Regierung im Rahmen des von WB und IWF verordneten Armutsminderungs- und Wachstumsprogramms (PRGF) eine Verordnung zur Korruptionsbekämpfung und einen Leitfaden zur Vergabe öffentlicher Aufträge, die größere Transparenz gewährleisten sowie Korruption verhindern sollten. Korruption machte auch vor den Toren des Parlaments nicht Halt. Bei den Abstimmung über das umstrittene Wahlgesetz kam immer deutlicher eine berüchtigte politische Praxis zutage, in Benin bekannt unter dem euphemistischen Namen *transhumance parlementaire*, d.h. Abwerbung von Abgeordneten bzw. von deren Stimmrechten, aus jeweils gegnerischen politischen Parteien unter Zahlung zum Teil exorbitanter Bestechungssummen. Im Mittelpunkt der Anschuldigungen stand einer der reichsten Beniner Unternehmer, Führer der regierungsnahen Partei *Mouvement Africain pour la Démocratie et le Progrès* (MADEP) und Hauptfinancier der Wahlkampfkampagnen Kérékous, Séfou Fagbohoun, den zwei Oppositionsabgeordnete im November beschuldigten, sie mit insgesamt FCFA 20 Mio. bestochen zu haben, damit sie nicht gegen die

von der Regierung eingebrachten Wahlgesetze stimmten. Weitere Monatsgehälter von FCFA 500.000 bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2003 seien ihnen versprochen worden, falls sie die Parteizugehörigkeit wechseln würden. Fagbohoun wurde auch in einem im August veröffentlichten Untersuchungsbericht der UEMOA beschuldigt, in einen der größten Korruptionsskandale in der Geschichte Benins im Zusammenhang mit der Privatisierung der parastaatlichen Baumwollvermarktungsgesellschaft (SONACOP) im Mai 1999 verwickelt gewesen zu sein.

Auch das bereits aus den Vorjahren bekannte Problem der **Lynchjustiz** so genannter Bürgerwehren sorgte weiterhin für Schlagzeilen. Am 26.11. wurden zwei auf frischer Tat erappte bewaffnete Motorradräuber in Hèvié (nordöstlich von Cotonou) von aufgebrachten Dorfbewohnern bei lebendigem Leibe verbrannt. Ähnliche Vorfälle gab es im November in Cotonou; insgesamt starben seit Jahresbeginn mehr als 30 Opfer von Lynchjustiz in Benin. Bei einem Treffen Kérékous mit Houédogni Bêhanzin, dem König von Abomey (der Wahlheimat Soglos) am 23.11. des Vorjahres, hatte der Staatschef bereits vor der Instrumentalisierung von Milizen zu politischen Zwecken gewarnt. Der König bestätigte die Existenz einer Miliz unter dem Namen seiner Vorfahren *Houégbadja*, die augenscheinlich von irreführten Politikern unterstützt werde, um Unfrieden zu stiften. Er betonte jedoch, dass er dafür nicht verantwortlich sei, sondern ebenfalls unter Überfällen dieser Miliz zu leiden habe. Insgesamt galt Benin, als Leuchtfener der Demokratisierung in Westafrika, für ca. 5.000 politisch Verfolgte aus benachbarten Ländern weiterhin als Zufluchtsort, der jedoch nicht für alle togoischen Flüchtlinge als sicher galt. Das Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) leitete im Februar knapp 700 überwiegend togoische Asylbewerber aus Benin in die USA weiter, weil es deren Sicherheit angesichts der Bedrohung durch togoische Geheimdienste auch auf Beniner Territorium als gefährdet ansah.

Die auch von der internationalen Gebergemeinschaft seit bald einem Jahrzehnt schwerpunktmäßig geförderte und von der Verfassung vorgeschriebene **Dezentralisierungspolitik** kam weiterhin nur schleppend voran. Seit der Verabschiedung der fünf Dezentralisierungs- und Raumordnungsgesetze im Jahre 1999 stagnierte der Umsetzungsprozess. Die lange erwarteten Kommunalwahlen wurden weiter verschoben auf die Zeit nach den Präsidentschaftswahlen (2001). Entgegen aller wortgewaltigen Beteuerungen von Parlamentariern und Regierungsmitgliedern verfolgten die meisten Entscheidungsträger auf allen Ebenen vor allem ihre eigenen Partikularinteressen bzw. fachfremde verdeckte politische Ziele im Zusammenhang mit der Dezentralisierung politischer Macht; die Interessen der eigentlichen Zielgruppen blieben dabei auf der Strecke. Insofern konnten die Beniner, die im August zusammen mit acht weiteren Staaten des frankophonen Afrika den **40. Jahrestag ihrer Unabhängigkeit** feierten, eine gemischte Erfolgsbilanz ziehen. Die **Medien**, denen zwar die jeweils andere politische Couleur Parteilichkeit nachsagte, galten allein schon wegen ihrer Vielfalt weiterhin als wichtiger Garant der Meinungsfreiheit und als effektive außerparlamentarische Opposition. Mittlerweile hatten sich 13 Tageszeitungen (z.B. die beiden Tageszeitungen *La Nation*, staatlich; *Le Matinal*, privat), rund 50 Wochenzeitungen (z.B. *Tam-Tam Express*, *Gazette du Golfe*) und Magazine, 36 staatliche (*Radio Benin*) und private Radiosender (u.a. *Golf FM*, wie RFI über Satellit ausgestrahlt), davon 26 kommunale FM-Radios, sowie jeweils ein staatlicher und privater Fernsehsender (*LC2*) etabliert. Die fachliche Kontrolle durch die verfassungsgemäß eingerichtete *Haute Autorité de l'audiovisuel et de la communication* (HAAC) garantierte deren relativ effektives Funktionieren als "vierte Gewalt" im Staate.

## *Außenpolitik*

Das AKP-Gipfeltreffen zur Unterzeichnung der **Cotonou Convention**, des Nachfolgeabkommens des 1989 abgeschlossenen präferenziellen Handels- und Entwicklungsabkommens (Lomé IV) zwischen den 71 AKP-Staaten (mit Vertragsabschluss um sechs weitere neu aufgenommene Staaten des ehemaligen französischen und englischen Kolonialreiches in Afrika, der Karibik und dem Pazifik auf 77 Staaten erweitert) und der EU, am 23.6. in Cotonou, war das herausragende außenpolitische Ereignis des Jahres. Da Lomé als Tagungsort auf Grund der Sanktionspolitik der EU gegenüber Togo wegen nachhaltiger Menschenrechtsverletzungen des Eyadéma-Regimes von der Mehrheit der EU-Staaten abgelehnt wurde, hatte Frankreich als Alternative die ebenfalls frankophonen Fidji-Inseln vorgeschlagen. Wegen eines Militärputsches gegen die amtierende Regierung in Suva am 19.5. schied aber auch dieser Tagungsort kurzfristig aus. Benin konnte nun erfolgreich mit seiner erneuten Bewerbung um den Austragungsort der Unterzeichnungszeremonie in die Bresche springen und sich gleichzeitig mit Cotonou als panafrikanischer Kongressort profilieren. Das neue Freihandelsabkommen, dessen feierliche Unterzeichnung einen 18-monatigen zähen Verhandlungsprozess krönte, hatte eine Laufzeit von 20 Jahren und sah, neben dem weiteren Abbau von Handelsschranken im Einklang mit der WTO, eine stärkere politische Konditionierung der Entwicklungszusammenarbeit auf dem Gebiet der Armutslinderung und Konfliktprävention durch die EU vor. Am 12.7. machte der libysche Staatschef Oberst Mohammed **Khadhafi** auf dem Rückweg von der 36. OAU-Konferenz in Lomé zwei Tage Station in Benin. Nach Verleihung des höchsten Beniner Ordens durch Kérékou und einer Pilgerfahrt zum historischen Sklavenverschiffungshafen in Ouidah, warb er in Porto Novo, der formellen Regierungshauptstadt, vor ca. 15.000 Menschen für seine Idee einer Afrikanischen Union und betätigte sich missionarisch, indem er die Beniner Christen zur Konversion zum Islam aufforderte. Der schon seit der Unabhängigkeit schwelende **Grenzstreit** mit Niger um die Lélé-Insel im Niger-Grenzgebiet flammte Anfang Mai und Ende August wieder auf; beide Parteien einigten sich Ende Juni aber darauf, den Internationalen Gerichtshof in Den Haag entscheiden zu lassen.

## *Sozio-ökonomische Entwicklung*

Nachdem das von der Opposition beherrschte Parlament im Dezember des Vorjahres seine Zustimmung zum **Haushaltsgesetz** 2000 verweigert hatte, setzte Kérékou den Haushaltsentwurf im Januar per Dekret durch. Das Verfahren war bereits von seinem Vorgänger Soglo angewandt und damals heftig von der Opposition kritisiert, jedoch durch das Verfassungsgericht abgesegnet worden. Die Haushaltsplanung sah Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst von knapp 13% vor, was angesichts einer geringeren Steigerung der Staatseinnahmen zum Anstieg der Staatsverschuldung führte. Mit Wirkung ab 1.3. hob die Regierung den staatlich garantierten monatlichen **Mindestlohn** um 14% auf FCFA 25 000 (\$ 36) an. Damit lag die Lohnsteigerungsrate wesentlich über der Inflationsrate (10%), was Kritik des IWF erregte, der das erweiterte Strukturanpassungsprogramm (ESAF), das am 23.8. auslief und durch ein am 18.7. unterzeichnetes Armutsminderungs- und Wachstumsprogramm (PRGF) ersetzt werden sollte, als gefährdet ansah. In den Augen der UEMOA galt das Budgetdefizit von insgesamt 2% des BIP aber noch als tragbar. Der vom Parlament am 23.12. abgesegnete Haushalt 2001 ging von einem Haushaltsdefizit von FCFA 135 Mrd. aus, wovon knapp 57 Mrd. durch Zusagen der Entwicklungshilfe-Geber gedeckt wurden. Verglichen mit dem Haushalt 2000 stiegen die geschätzten Staatsausgaben bzw. -einnahmen um 7,3% bzw. 7,6%. Die weiteren Aussichten der **Wirtschaftsentwicklung** sahen eher rosig aus; man rechnete mit Wachstums-

raten von 5,3% bis 5,6% in den beiden folgenden Jahren, u.a. wegen erhöhter Deviseneinnahmen durch Baumwolllexporte angesichts attraktiverer Weltmarktpreise, der Privatisierung der Baumwollvermarktung sowie eines dynamischen Re-Exporthandels mit Nigeria. Umschuldungsabkommen mit Nigeria und Argentinien öffneten den Weg zur Aufnahme Benins in die HIPC-Initiative für die schwer verschuldeten armen Länder im Juli mit einem daraus folgenden **Schuldenerlass** von \$ 460 Mio., was etwa 31% des Zeitwerts der Auslandsschulden Ende 1998 entsprach. Als Leuchtfeuer der Demokratisierung in Afrika profitierte Benin weiterhin von erheblicher Entwicklungshilfe. So bewilligte die EU im Februar ein Straßenbauprojekt in Höhe von Euro 42,7 Mio.; im Juli sagte sie 20 Mio. für die Förderung der Telekommunikation zu, und im Dezember förderte sie mit knapp 2 Mio. den Kampf gegen den illegalen grenzüberschreitenden Kinderhandel (s. Westafrika-Regionalartikel). Dänemark stellte im November ebenfalls umgerechnet \$ 66 Mio. für den Straßenbau in der Zou-Provinz zur Verfügung. Die Einführung gemeinsamer Außenzölle der UEMOA ab 1.1. hatte für Benin insofern wenig praktische Bedeutung, als ein Großteil des grenzüberschreitenden Handels, insbesondere mit Nigeria, im **informellen Sektor** stattfand. Benin galt als Drehscheibe des Schmuggels in der UEMOA, wodurch letztere ihre Politik der Zollunion unterlaufen sah, was angesichts des Umfangs des Schmuggels (der allein mit Nigeria auf ca. FCFA 100 Mrd. geschätzt wurde) außerdem einen erheblichen Ausfall an Staatseinnahmen bedeutete. Die verrotteten *Off-shore*-Erdölförderanlagen von Sémé, ca. 20 km vor der Beniner Küste, die bereits 1985 von der norwegischen Förderfirma *Saga Petroleum* verlassen worden waren, stellten nach von der Weltbank in Auftrag gegebenen Studien eine ernste Gefahr für die **Umwelt** dar. Experten empfahlen im Februar eine schnellstmögliche Entsorgung der verrosteten fünf Ölförderplattformen, d.h. von ca. 15.000 t Stahl, sowie die Versiegelung der sieben alten außer Dienst gestellten Bohrlöcher. Die Weltbank forderte verschiedene Geber (u.a. Norwegen, Frankreich und Dänemark) vergeblich auf, eine umweltschonende Entsorgung zu finanzieren. Währenddessen bewarben sich trotz des hohen Risikos der Umweltverschmutzung angesichts gestiegener Weltmarktpreise verschiedene regionale Erdöl-Unternehmen, u.a. *Zetha Oil* aus Abidjan, um neue Förderlizenzen im Sémé-Feld.

*Dirk Kohnert*

### **Chronologie Benin 2000**

- 20.01. Putschgerüchte
- Anfang März Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns
- Ende März Armeechef sowie weitere hochrangige Offiziere wegen Putschgerüchten entlassen
- 08.05. Hubert Maga, erster Staatspräsident Dahomeys/Benins, und angesehener "elder statesman", verstorben
- 23.06. AKP/EU-Gipfeltreffen: Verabschiedung der Konvention von Cotonou, Lomé IV-Nachfolgeabkommen
- Juni/Juli Streiks und Demonstrationen wegen Benzinpreiserhöhung
- 13.07. Libyscher Staatschef Khadhafi ruft in Porto Novo zum Übertritt vom Christentum zum Islam auf
- 18.07. Neues IWF-Kreditabkommen zur Bekämpfung der strukturellen Ursachen der Armut bewilligt
- 01.08. 40. Jahrestag der Unabhängigkeit
- Ende August Erneute Konflikte mit Niger im Streit um nationale Zugehörigkeit der Lété-Insel im Grenzfluss Niger
- 18.12. Neues Wahlgesetz vom Parlament verabschiedet und Ende Dez. vom Verfassungsgericht gebilligt